

Ercheinungsweise:  
Täglich mit Ausnahme  
der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:  
a) im Anzeigenteil:  
die Zeile 20 Goldpfennige  
b) im Reklameteil:  
die Zeile 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen  
kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften  
kann keine Gewähr  
übernommen werden

Gerichtsstand  
für beide Teile ist Calw



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw

Bezugspreis:  
In der Stadt 40 Goldpfennige  
wöchentlich mit Trägerlohn  
Post-Bezugspreis 40 Gold-  
pfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigen-  
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt  
besteht kein Anspruch auf Lieferung  
der Zeitung oder auf Rückzahlung  
des Bezugspreises

Semiprecher Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:  
Friedrich Hans Scheele  
Druck und Verlag  
der A. Oelschläger'schen  
Buchdruckerei

Nr. 17

Donnerstag, den 22. Januar 1931

Jahrgang 103

## Die deutschen Beschwerden vor dem Völkerbundsrat

Eine eindrucksvolle Anklagerede Dr. Curtius gegen Polen — Minister Zaleski gibt Verletzungen der Minderheitenverträge zu

Genf, 22. Jan. Die Verhandlungen des Völkerbundsrates über die drei deutschen Beschwerden wegen der Wahlvorgänge in Oberschlesien, Pommern und Polen wurden gestern vormittag in öffentlicher Sitzung unter dem Vorsitz des englischen Außenministers Henderson aufgenommen; zum ersten Male wurde vor dem Völkerbundsrat der durch die willkürliche Grenzziehung im Osten Europas geschaffene, für Deutschland untragbare Zustand von deutscher Seite aufgerollt. Damit gewinnen die Verhandlungen des Völkerbundsrates über die oberschlesische Frage hinaus grundsätzliche politische Bedeutung. Der Sitzungssaal war überfüllt, als die Sitzung vom englischen Außenminister eröffnet wurde. Er erteilte zuerst dem Berichterstatter, dem japanischen Botschafter in Paris, das Wort, der lediglich einige Mitteilungen geschäftsmäßiger Art macht, worauf Henderson dann Dr. Curtius das Wort gab.

Reichsaußenminister Dr. Curtius

führte u. a. folgendes aus:  
So sehr auch in der Vergangenheit die deutsche Minderheit durch Unterdrückung und Gewalttaten gelitten hat, so wurde doch alles übertrieben durch das Maß der Leiden, das die deutsche Bevölkerung in Polen vor den polnischen Wahlen über sich hat ergehen lassen müssen. Das Gesamtbild der Geschehnisse ließ deutlich erkennen, daß die Kräfte, die hinter dem Wahlterror standen, offenbar glaubten, jetzt eine entscheidende politische Schwächung des Deutschen zu herbeiführen zu können. Die polnische Regierung hätte nicht nötig gehabt, uns daran zu erinnern, daß eine Minderheitenangelegenheit nicht den Charakter eines Streites zwischen zwei Staaten tragen dürfe, sondern daß sie eine reine Völkerbundsangelegenheit ist. Ich bin mit dieser Auffassung ganz einverstanden, und dränge mit allem Nachdruck darauf, daß der Völkerbundsrat ohne Rücksicht auf das Land, das die Sache aufgenommen hat, gemäß seinen Garantiepfllichten für die Befolgung der Minderheitenrechte forscht.

Wir denken nicht daran, zu leugnen, daß uns mit den Deutschen, die jenseits der Grenze unter fremder Oberhoheit leiden, ein starkes Band verknüpft. Diese innere Anteilnahme Deutschlands ändert aber nicht das geringste daran, daß die Reichsregierung bei der Ausrufung des Völkerbundsrates nach dem Wortlaut und dem Geiste des bestehenden Minderheitenregimes gehandelt hat. Auf die Grundrechte der Minderheit selbst kommt es für die Beurteilung der Vorgänge des November vorigen Jahres allein an.

Es ist zu befürchten, daß, wenn es dem Völkerbundsrat nicht gelingt, ähnlichen Vorkommnissen in der Zukunft vorzubeugen und für die Vergangenheit volle Sühne für das Geschehene zu schaffen, das Vertrauen der Minderheiten zum Völkerbund, als dem Hort dieser Rechte, unwiederbringlich verloren gehen wird.

Dr. Curtius erinnerte an die einzelnen Vorfälle in Hohenbirkten, Ober-Wilozja, Sorau und Golassowitz und wies auf die Rolle des Aufständischenverbandes bei den Terrorakten hin. Dann ging der Minister auf die polnische Behauptung ein, der deutschen Minderheit sei es nicht schlechter ergangen als anderen Gruppen der Opposition. Welche Methoden die polnische Regierung gegenüber ihrer Opposition für richtig hält, ist ihre Sache. Auf keinen Fall kann aber mit dem Hinweis auf die Behandlung anderer Minderheiten das Vorgehen gegen die Deutschen in Oberschlesien entschuldigt werden. Dr. Curtius behandelte sodann die dritte deutsche Note über die Wahlvorgänge in Polen und Pommern. Er betonte, daß die Eingriffe in die freie Ausübung des Wahlrechts dort fast noch schwerwiegender als in Oberschlesien gewesen seien. Der systematische Kampf gegen das Deutschtum sei auch hier deutlich sichtbar. Dr. Curtius sprach dann vergleichend über die Behandlung der Polen in Deutschland und stellte es dem Rat anheim, zu prüfen, ob die zugesicherten Maßnahmen Polens als ausreichend anzusehen seien. Ferner müsse der Rat dafür sorgen, daß ähnliche Vorkommnisse sich in Zukunft nicht wiederholen: Dr. Curtius schloß:

Wenn nicht die schuldigen Beamten ohne Ansehen der Person rückwärtslos bestraft werden, wenn das System nicht geändert wird und wenn nicht eine Gewähr für eine unparteiische Handhabung der Minderheitenschutzbestimmungen gegeben wird, wenn die ständige Bedrohung durch Verbände nicht beseitigt wird, deren Geist und Ziele zu dem vom Völkerbund proklamierten Grundsatz des Schutzes der Minderheiten in direktem Gegensatz stehen, so bleiben die Minderheiten immer wieder der Rechts- und Schutzlosigkeit anheim.

Diesem Grundsatz entsprechend wird der Völkerbundsrat seine Maßnahmen zu treffen haben.

Unmittelbar nach der Erklärung des deutschen Außenministers bemühte sich der polnische Außenminister Zaleski, die deutschen Beschwerden als bedeutungslos hinzustellen.

Die Vorwürfe gegen den Aufständischenverband glaubte er mit einem Hinweis auf den Stahlhelm beantworten zu müssen. Im übrigen gab Zaleski dem Völkerbundsrat die Versicherung, daß die Politik der polnischen Regierung eine endgültige Aussöhnung der deutschen Minderheit mit der polnischen Mehrheit mit allen Mitteln zu fördern suche. Im Prinzip nehme er die Forderungen des deutschen Volksbundes an, der Bestrafung der Schuldigen, Entschädigung der Geschädigten und Aufhebung der Vorrechte des Aufständischenverbandes gefordert hatte. Die Schuldigen seien bereits bestraft worden. Eine Entschädigung wäre bereits gewährt worden. Ein Zusammenhang zwischen dem Aufständischenverband und der polnischen Regierung bestehe ebensowenig wie zwischen dem Stahlhelm und der Tätigkeit seines Ehrenpräsidenten von Hindenburg.

In der Nachmittagsitzung unternahm es Dr. Curtius, die Beschönigungsversuche Zaleskis unter ein scharfes Schlaglicht zu stellen. Er begann zunächst mit der Behandlung der Beschwerden des Deutschen Volksbundes, die sich in zwei Abschnitte gliedern: Wahlentrechtung und Gewalttaten. Die offene Stimmabgabe wurde für die Deutschen in Oberschlesien unmöglich gemacht. Noch in den Wahlen vom Mai 1930 hat die deutsche Minderheit über 190 000 Stimmen verfügt, während für sie im November 1930 bei den Sejmwahlen nur 90 000 Stimmen abgegeben worden sind. Dieser außerordentliche Rückgang der deutschen Wahlstimmen findet seine Erklärung nur durch den Terror, der von polnischer Seite bei den Wahlen ausgeübt worden ist. Die Behörden beteiligten sich an dieser Unterdrückungsaktion. Der Völkerbundsrat muß dieses Verfahren untersuchen lassen, um sich ein Urteil darüber zu bilden. Dr. Curtius wies auf die Berichte englischer und amerikanischer Zeitungen hin, die an Ort und Stelle unerträgliche Zustände feststellten. Zweihundert Untersuchungen haben die Atmosphäre beleuchtet, in der sich diese Gewaltakte abgespielt haben. Der Terror wurde von der Polizei im Einverständnis mit den Behörden geduldet. Den Vergleich des Aufständischenverbandes mit dem Stahlhelm wies Dr. Curtius zurück. Der Stahlhelm begehe keine Gewalttaten an Minderheiten.

Den Wojewoden Gracjinski bezeichnet Dr. Curtius als den bösen Geist des Deutschtums in Oberschlesien und erklärt, daß es sich um einen von langer Hand vorbereiteten und festen Plan der systematischen Entdeutschung Oberschlesiens handle. Als Beweis hierfür führte er die Beschwerde des Fürsten Plech an, den man zwingen wollte, deutsche Arbeiter und Angestellte zu entlassen und als Druckmittel die Steuerforderung von 19 1/2 Millionen Zloty gegen ihn anhan-

gig machte. Die Parallele zwischen Gracjinski und Hindenburg weist mit erhobener Stimme Dr. Curtius auf Entschiedenheit und Entzückung zurück. Dr. Curtius setzte sodann die Lage der polnischen Minderheit in Deutschland auseinander. Er liefert klare Angaben darüber, daß die polnischen Einwohner in Deutsch-Oberschlesien ihre Kinder freiwillig in die deutsche Schule schicken und Stimmen für die deutschen Volksvertreter abgeben. Niemals sind polnische Minderheiten auf deutschem Boden terrorisiert worden.

Dr. Curtius betonte, daß auch Briand den Wunsch geäußert habe, die Streitfrage klar und freiwillig vor dem Rat zu behandeln. Das könne nur dem Völkerbund nützen. Die Gefinnung des deutschen Volkes hinsichtlich der Ostfrage sei bekannt. Doch es gehe zur Erreichung dieses Zweckes friedliche Mittel. Die deutsche Regierung stehe auf dem Boden der Verträge. Die Gewalttaten in Oberschlesien seien nur ein Glied in der langen Kette der Entdeutschung in Polen. Diese Kette habe schon im Jahr 1919 begonnen. Dreizehn Millionen Deutsche seien aus Polen verdrängt worden. Dr. Curtius erklärte, daß er bereit sei, über eine Umgestaltung des gegenwärtigen Minderheitenschutzvertrages mit Polen zu verhandeln, falls die Gegenseite dies wünsche. Er anerkannte mit Genugtuung, daß die Verletzung der Artikel 75 und 89 der Genfer Konvention auf polnischer Seite zugegeben werde und daß Schadenersatz und Sühne geleistet werden sollen. Für die Zukunft müssen aber derartige Vorkommnisse verhütet werden. An der Existenz des Aufständischenverbandes dürfe man nicht vorbeigehen, und deshalb verlangte der deutsche Vertreter die Entschädigung des Rats, der ein Hüter der Minderheiten sein müsse.

Die Gegenerklärung des polnischen Außenministers Zaleski zeichnete sich durch eine völlige Nichtbeachtung der von Dr. Curtius erhobenen sachlichen Beschuldigungen aus, soweit sie den Aufständischen-Verband und den Wahlterror betreffen. Er begnügte sich damit, seine Vormittagsklärung zu wiederholen, daß ein Verfahren durch den obersten polnischen Gerichtshof denen Rechtmäßigkeit widerfahren lassen werde, die es verdienen (!). Dann versuchte er noch einmal, die Behandlung der polnischen Minderheit in Deutschland so scharf wie möglich zu schildern. U. a. führte er an, es seien in einem deutschen Grenzbezirk 1919 polnische Minderheitenschulen geschlossen worden. Die Sitzung wurde sodann aufgeschoben und die Fortsetzung über die deutsch-polnischen Streitfragen auf Donnerstag verlegt. Es ist wahrscheinlich, daß heute der Vorsitzende Henderson sprechen wird. Dann erwartet man eine Intervention Briands und Grandis.

## Revision des Youngplans?

Deutsch-französische Verhandlungen über Zahlungserleichterungen

Rabinettsitzung über die Dsthilfe

Paris, 22. Jan. In den letzten Tagen haben zwischen dem deutschen Botschafter Herrn von Hoersch und maßgebenden Beamten des französischen Außenamtes Verhandlungen technischer Natur über die Möglichkeit einer Revision des Youngplanes stattgefunden. Es soll sich, wie verlautet, hierbei nicht um die Erklärung eines Zahlungsausschubs für Deutschland, sondern um die Anwendung einer im Youngplan enthaltenen Revisionsklausel, die davon handelt, daß im Fall einer besonderen Notlage an Deutschland Zahlungskserleichterungen gewährt werden können, handeln. Die Verhandlungen dürften sich noch einige Tage hinziehen und möglicherweise in der ersten Hälfte des laufenden Jahres zu einem Ergebnis führen. Reichsbankpräsident Dr. Lütjehausen ist an diesen Vorbereitungen beteiligt.

Der Reichsbankpräsident ist ferner bemüht, die Umwandlung der Deutschland von französischer Seite gegebenen kurzfristigen Kredite in langfristige zu erreichen.

Die Gerüchte von Verhandlungen über eine in Frankreich unterzubringende deutsche Anleihe werden von den amtlichen Stellen in Paris dementiert. Es handelt sich bei den Besprechungen, die in der letzten Zeit in der Tat zwischen deutschen und französischen Finanzkreisen stattgefunden haben, nicht um eine Anleihe, sondern um die Beteiligung einer französischen Bank an einem internationalen Bankenkonsortium zur Diskontierung der kürzlich an eine deutsche Gesellschaft verkauften Tranche der Vorzugsaktien der Deutschen Reichsbahn nach den Bestimmungen des Youngplanes. Der Reichsregierung ist daran gelegen, sofort etwa 100 Millionen Reichsmark in bar zu erhalten. Da dies auf dem deutschen Markt mit Schwierigkeiten verbunden ist, wurde die Gründung des erwähnten Konsortiums ins Auge gefaßt.

Berlin, 22. Jan. Das Reichskabinett beschäftigte sich gestern nachmittag unter dem Vorsitz des Reichskanzlers und in Anwesenheit des preussischen Finanzministers und des Generaldirektors der Reichsbahn mit den Vorbereitungen zum Entwurf eines Gesetzes über die Dsthilfe. Die Beratungen werden fortgesetzt. Reichskanzler Brüning wird nach den bisherigen Dispositionen am Freitag zu einer Tagung der sächsischen Industriellen nach Chemnitz fahren und am Samstag einer Tagung der christlichen Gewerkschaften in Köln beiwohnen.

Man schließt daraus, daß endgültige Kabinettsbeschlüsse über das Dsthilfegesetz frühestens ansangs nächster Woche zustandekommen können. Aus dem Wortlaut der Veröffentlichung über die Ressortbesprechungen vom Mittwoch schließt man jedoch in der Regierung naheliegenden Kreisen auf den Willen der Regierung, ohne eine formale Bindung an die Fertigstellung des Dsthilfegesetzes mit sofortigen praktischen Maßnahmen zu beginnen.

## Hungermärsche in U. S. A.

New York, 22. Jan. Am Dienstag veranstalteten Erwerbslose einen Hungermarsch nach dem Rathaus. Die Polizei trieb die Menge auseinander und verhaftete zwei Kommunisten. Auch im konservativen Süden fanden Hungermärsche Erwerbsloser statt. In Oklahoma-Stadt zogen Tausende vor das Rathaus und forderten Geld für den Ankauf von Lebensmitteln. Als das Geld nicht bewilligt wurde, stürmten die Erwerbslosen Lebensmittelgeschäfte und plünderten sie aus. Der Polizei gelang es nach längerer Zeit, die Plünderer zu vertreiben und 26 Personen zu verhaften.

## Minister Treviranus über die deutsche Bauernnot

II. Münster i. W., 21. Jan. Auf der Generalversammlung des Bezirksverbandes Münsterland der westfälischen Bauernvereine in Coesfeld hielt Reichsminister Treviranus am Dienstagabend eine Rede über Deutschlands Bauernnot. Er teilte dabei mit, daß daran gedacht werde, für das Getreide des Ostens eine Abnahmeverpflichtung seitens des Staates und der Gemeinden aufzuerlegen. Ungeheure Mittel seien dazu notwendig. In einer am Montag stattgefundenen Besprechung mit dem Reichskanzler sei die Frage der Aufbringung dieser Gelder erörtert worden. Bei der Entschuldigungsaktion im Osten, so erklärte er weiter, muß dem Besitzer auch eine Wirtschaftsbekämpfung gegeben werden, die über die Deckung und Tilgung der Schulden hinaus verhindert, daß er in zwei bis drei Jahren erneut bis über den Hals verschuldet ist. Nur eine individuelle Prüfung, die viel Zeit erfordert, wird das Uebel der Gefälligkeitsakzente energisch bekämpfen können, das im Osten ganze Kräfte einfach zur Vernichtung gebracht hat. Nicht nur der beste Wirt, sondern besonders der Erbsingeseffene muß nutzbar angefaßt werden, gerade da, wo an den Grenzen nationaldeutsche Gefahren für den Bestand der Nation drohen.

Wir wären mit der Fürsorge für unsere Landwirtschaft weiter, wenn nicht bei den verschiedenen Fragen immer wieder politische Verzerrungen Platz greifen würden, die die anderen hindern, ehrlich und sachlich zu urteilen. Die harte Lehre, daß kein Mensch der Welt mit Zwang auf die Dauer die wirtschaftlichen Preise festhalten, heraus- oder herunterziehen kann, haben wir gelegentlich der Preisfestsatzungsaktion wieder erfahren. Niemand dachte daran, unter ihrem Einfluß zu kaufen und das bedeutete eine Stockung in der ganzen Industrie und damit auch Verluste, besonders an Umsatzsteuer. Die ganze Verantwortung für das Gelingen eines Preisabbaues liegt bei den Hausfrauen.

Der Minister appellierte dann vor allem an die Selbsthilfe. Alles das, was uns unter Reparationsdruck, Weltwirtschaftskrise, Grenzschließungen, Ausbeutung unseres Landes durch Belastung und Kriegslasten vor allen Nationen an Mehrbelastung auferlegt ist, gibt dem Staat nur begrenzte Möglichkeiten steuerlicher Entlastung. Die Fehlerquelle in dem steuerlichen System der letzten Jahre scheint darin zu liegen, daß das Schema F über das ganze Reich es nicht gestattet, die natürlichen Bedingungen des wirtschaftlichen Lebens angemessen zu berücksichtigen. Eine ausreichende steuerliche Entlastung kann der Landwirtschaft nur gegeben werden, wenn bei den Realsteuern angefangen wird. Im Osten erhalten die Erwerbslosen zu essen, sie werden zur Arbeit herangezogen, erhalten aber keine bargeldliche Unterstützung. Dazu gehört viel Mut, aber vielleicht ist das ein Beispiel für die Reichsregierung, die darauf ausgeht, unpopulär zu sein, weil der rechte Arzt nie die volle Anerkennung findet. Diese Feststellung gilt aber auch für die örtlichen und kommunalen Behörden.

Die Reichsregierung ist leider nicht in der Lage, in die steuerliche Gesetzgebung der Länder über eine gewisse Rahmengesetzgebung hinaus einzugreifen. Jede feilschbare Methode erfordert längere Zeit zum Ausgleich und so kann auch erst vom 1. April 1932 ab in der Frage des Finanzausgleichs ein gesunder Ausgleich geschaffen werden. Das was im Reichsrat als Vorlage der Reichsregierung hineinkam, ist durch Einspruch verschiedener Länder nicht unerheblich im Rahmengesetz verwaschelt worden. Immerhin dürfen wir nicht ablassen, praktisch mit dem Umbau des Steuerrechts ernst zu machen. Was wir dem Ausland zahlen müssen, ist eine völkerrechtlich juristische Verpflichtung, die bei der Machtlosigkeit unseres Vaterlandes nicht mit einem Strich beseitigt werden kann. Es wäre daher töricht, wollten wir uns im Bruderkrieg erschöpfen. Bodenständige Wirtschaft verlangt eine bodenkundliche konservative Politik und Lebensbetrachtung. Die Einsicht ist auf dem Marsch, daß ohne wirksame Erneuerung der Heimat Erde es nicht möglich sein wird, das Reich zu halten.

## Europäische Wirtschaftsfragen

Genf, 21. Jan. Der Europa-Ausschuss behandelte in seiner letzten Sitzung u. a. die Frage der Agrarkredite. Sie besitzt für Frankreich eine große politische Bedeutung, denn die südöstlichen Agrarstaaten wenden sich Deutschland zu, weil sie den Abfall für ihren überreichen Getreidevorrat in Mitteleuropa erstreben. Frankreich glaubt, daß hierin eine politische Forderung des Verhältnisses zur kleinen Entente entstehen könnte und sucht sich vermög seiner Kapitalkraft und in Erkenntnis der passenden Gelegenheit einer Kapitalinvestition in Südosteuropa in die handelspolitischen Beziehungen zwischen Deutschland und den südöstlichen Agrarländern einzufügen. Das französische Groskapital findet in Briand einen außerordentlich geschickten und raffinierten Anwalt. Briand teilte im Ausschuss mit, daß sich der Finanzausschuss des Völkerbundes mit der Frage der Errichtung einer internationalen Agrarkreditbank beschäftigt und seinen Präsidenten Suwitsch, einen italienischen Fachmann, in den Europa-Ausschuss entsendet habe, um die Ansichten des Finanzkomitees darzulegen. Suwitsch hielt hierauf einen Vortrag, der sehr skeptisch gehalten war. Er betonte, daß es sich nicht um eine rein technische und finanzielle Sache handelt, sondern um eine vorwiegend politische. Den Zusammenhang mit der Politik gab Briand zu. Er beantragte die Bildung eines Ausschusses, der einen Entschuldigungsantrag ausarbeiten soll, in dem die Dringlichkeit einer Lösung der Agrarkrise und die sofortige Aktion zur Abhilfe gefordert werden. Diefem Antrag wurde auch stattgegeben.

Dr. Curtius führte aus, Aufgabe des europäischen Studienausschusses sei es, die speziellen europäischen Pro-

## Deutschlands internationale Kapitalverflechtung

Das Statistische Reichsamt hat soeben zum erstenmal einwandfreie Daten über Deutschlands internationale Kapitalverflechtungen nach dem Stande von Ende September 1930 veröffentlicht. Betrachten wir zunächst vorweg das Gesamtergebnis, so zeigt sich ein für Deutschland sehr beträchtlicher Passivsaldo der Bilanz, denn den ausländischen Forderungen und Vermögen in Deutschland von 26 bis 27 Milliarden Mark stehen deutsche Guthaben im Ausland von nur 9 bis 10 Milliarden Mark gegenüber; die Auslandslast, die Deutschland zu tragen hat, befreit sich somit auf 16 bis 17 Milliarden Mark allein freiwillig ausgenommene kommerzielle Lasten, ohne die politische Verschuldung aus dem Versaillesvertrag.

Diese Tatsache der starken Verschuldung Deutschlands an das Ausland ist zwar allgemein bekannt, nicht dagegen war es bisher die genaue Höhe. Noch weniger mußte man von der Zusammenfassung dieser Verschuldung, die in den Formen der Kapitalverflechtung zum Ausdruck kommt. Wir können nämlich hier folgende vier Formen unterscheiden: 1. Kurzfristige Anlagen wie ausländische Wechsel- oder Kontokorrentforderungen, 2. langfristige Anlagen, in der Hauptsache Auslandsanleihen, 3. Beteiligung des Auslandes an inländischen Unternehmungen, 4. Ausländisches Eigentum an Inlandsgrundbesitz, die sogen. Ueberfremdung des Grundbesitzes. Die volkswirtschaftlich wichtigsten dieser Formen, die zu 2, 3 und 4 genannten, sind ein Zeichen dafür, daß Länder verschiedener Wirtschaftsstruktur — auf der einen Seite Staaten mit Kapitalreichtum wie die Vereinigten Staaten von Amerika, auf der anderen solche mit Kapitalbedarf wie Deutschland — sich gegenüberstehen. In ihnen kommt also die finanzielle Abhängigkeit des einen Landes von dem anderen zum Ausdruck. Kurzfristige Anlagen sind dagegen lediglich die Folgen eines starken Wirtschaftsverkehrs zwischen zwei Ländern mit gleicher Wirtschaftsstruktur. Die Verschuldung Deutschlands an das Ausland beruht daher auch in der Hauptsache auf langfristigen Auslandsanleihen. Während den ausländischen kurzfristigen Schulden Deutschlands von rund 11 Milliarden Mark immerhin 5 bis 6 Milliarden Mark derartiger deutscher Forderungen im Ausland gegenüberstehen, hat Deutschland bisher an langfristigen Auslandsanleihen 9 bis 10 Milliarden Mark aufgenommen, denen so gut wie gar keine entsprechenden deutschen Forderungen im Ausland gegenüberstehen. Von diesen langfristigen Auslandsanleihen entfallen rund 3,5 Milliarden auf Industrie, Handel und Verkehr, etwas über eine Milliarde sind Pfandbriefe, 2,3 Milliarden kommen auf das Reich, und der Rest verteilt sich auf die Länder, Gemeinden und anderen öffentlich-rechtlichen Verbände.

bleibt in Angriff zu nehmen, und hier liegt der Präferenzvorschlag für südosteuropäisches Getreide vor. Die Zollunion als läckenlose Präferenz sei unbestritten bereits zum Gegenstand des Handelsvertragsrechtes geworden. Um wieviel näher liege es daher, die vorgeschlagene Vorzugsbehandlung als berechtigtes Mittel zur Befreiung der innereuropäischen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu bezeichnen. Was die übrigen Probleme angeht, so sei Deutschland als Staat, dessen Landwirtschaft unter der Kurzfristigkeit und der Inlast der gegebenen Kredite leide, an der Organisation der Agrarkredite in stärkstem Maße interessiert, wie es überhaupt Aufgabe des Ausschusses sei, sich mit dem Problem des Kredits und des Kapitalmarktes im allgemeinen zu befassen.

Die deutsche, wie manche andere europäische Regierung sei durch den radikalen Umschwung der Marktverhältnisse zu Zollmaßnahmen gezwungen worden, um überhaupt die nackte Existenz der eigenen Landwirtschaft zu erhalten. Es käme hinzu, daß Deutschland mit einseitigen Zahlungen belastet sei, die den normalen Ablauf der wirtschaftlichen und finanziellen Vorgänge zu stören geeignet seien. Es gebe für eine planmäßige Verringerung der Einfuhr keine anderen Mittel als die Entwicklung der einheimischen, in erster Linie der landwirtschaftlichen Produktion und die mögliche Fernhaltung entbehrlicher Güter.

### Absage Curtius an den amerikanischen Rundfunk.

Eine amerikanische Rundfunkgesellschaft hatte vor einigen Tagen dem deutschen Reichsaussenminister Curtius in Genf angeboten, von dort aus am vergangenen Sonntag eine Rundfunkrede in englischer Sprache nach Amerika zu halten. Reichsaussenminister Curtius hat dieses Angebot abgelehnt.

### Brest-Litowsk kommt vor den Rat

II. Genf, 21. Jan. Die unerhörten Vorgänge im Gefängnis von Brest-Litowsk werden auf der nächsten Tagung des Völkerbundesrates offiziell zur Verhandlung kommen. Die ukrainische Abgeordnete im polnischen Sejm, Rudnik, ist in Genf eingetroffen und hat dem Generalsekretär des Völkerbundes eine Beschwerde der acht ukrainischen Sejmabgeordneten übermittelt, die längere Zeit im Brest-Litowsker Gefängnis eingesperrt waren. Die umfangreiche Beschwerde gibt eine anschauliche Darstellung der unerhörten Mißhandlungen, denen die ukrainischen Abgeordneten ausgesetzt waren.

### Polnischer Rundfunkwandel.

II. Gleiwitz, 21. Jan. Mit welchen Mitteln die polnische Propaganda arbeitet, um die öffentliche Meinung in ihrem Sinne zu beeinflussen und über den wahren Sachverhalt zu täuschen, geht aus einer Meldung der „Derschlesischen Volksstimme“ hervor. Darnach verbreitet der Katowitzer Rundfunksender in diesen Tagen Nachrichten über die Genfer Völkerbundesratsverhandlungen in deutscher Sprache, wobei die übliche Anrede „Polst Radio Katowice“ fortgelassen wird. Bei den Hörern wird also der Eindruck erweckt, als ob die Nachrichten, die natürlich völlig in polnischem Sinne gehalten sind, von einer deutschen Stelle verbreitet werden.

Von besonderem Interesse sind aber die oben zu 3 und 4 genannten Formen (ausländische Beteiligungen und Ueberfremdungen), denn in ihnen kommt zum Ausdruck, in welcher Weise ausländisches Kapital unmittelbar in die deutsche Wirtschaft eingegriffen hat. Die Höhe des ausländischen Vermögens, das in irgend einer Weise an deutschen Unternehmungen, Betrieben oder Geschäften beteiligt ist, beträgt rund 4 Milliarden Mark. Die Zahl der mit ausländischem Kapital arbeitenden deutschen Unternehmungen, die allein auf Grund der Konzernstatistik ermittelt werden konnte, stellt sich auf 724, darunter 483 Aktiengesellschaften. In ihnen sind über anderthalb Milliarden Mark ausländisches Kapital angelegt. Die übrigen hier noch in Frage kommenden Firmen konnten nicht unmittelbar durch die Konzernstatistik erfasst werden, sondern das in ihnen arbeitende Auslandsvermögen ist nur nach — freilich ziemlich sicheren — Anhaltspunkten geschätzt worden. Es handelt sich also bei der oben angegebenen Zahl von vier Milliarden um eine Mindestziffer.

Die Ueberfremdung des deutschen Grundbesitzes ist auf Grund der Wohnungszählung von 1927 und der sich daran anschließenden fortlaufenden Erhebungen ziemlich genau festzustellen: Danach darf der Wert der deutschen Grundstücke, die in Händen von Ausländern sind, auf rund zwei Milliarden Mark angenommen werden. Nun stehen freilich diesen ausländischen Vermögen in Deutschland auch deutsche Beteiligungen an ausländischen Firmen gegenüber. So konnte einwandfrei eine deutsche Beteiligung an 933 Unternehmungen in Höhe von etwa einer Milliarde festgestellt werden. Wahrscheinlich ist aber das im Ausland arbeitende Kapital noch viel größer; es wird von der Reichsstatistik auf über 2 Milliarden geschätzt, wozu noch ungefähr 900 Millionen Mark ausländische Effekten kommen, die in deutschem Besitze sind. Das Wirtschaftsbild, in dem deutsches Kapital besonders Gelegenheit zur Betätigung findet, ist Lateinamerika: Argentinien, Brasilien, Chile.

Vergleichen wir nun die aus Deutschlands gegenwärtiger Kapitalverflechtung sich ergebende weltwirtschaftliche Stellung mit jener der Vorkriegszeit, so tritt uns die große Verschuldung und damit Verarmung Deutschlands klar vor Augen. In den letzten Jahren vor dem Kriege besaßerten sich die deutschen Guthaben und Anlagen im Auslande auf 28 bis 30 Milliarden, denen 10 bis 12 Milliarden ausländische Anlagen in Deutschland gegenüberstanden. Es ergab sich daraus ein Saldo von 19 bis 20 Milliarden zu Gunsten Deutschlands. Heute stehen dagegen den deutschen Vermögen und Forderungen im Ausland in Höhe von 9 bis 10 Milliarden Auslandslasten im Werte von 26 bis 27 Milliarden gegenüber, sodaß sich ein Saldo von 16 bis 17 Milliarden zu Lasten Deutschlands ergibt.

## Die deutschen Schuldenverpflichtungen

II. New York, 21. Jan. In seinem zweiten Bericht über Deutschland kommt das von der Investment Bankers Association geleitete Institut für internationale Finanz nach genauer Prüfung der deutschen Verhältnisse zu dem Schluß, daß die Nichtanerkennung der vom Reich im Ausland eingegangenen privaten Schuldverpflichtungen weder durch die jetzige noch irgend eine kommende deutsche Regierung zu befürchten sei. Ebenso wenig drohe die Gefahr willkürlicher Einstellung der Reparationszahlungen. Jede Aenderung des Zahlungsplanes werde nur in Uebereinstimmung mit den Klauseln des Youngplanes geschehen. Die Schwierigkeiten des Reichsetats glaubt der Bericht weniger auf die wirtschaftliche Lage als auf nach seiner Ansicht oft ungerechtfertigt hohe Ueberweisungen an die Länder zurückzuführen zu können.

## Kleine politische Nachrichten

Der preussische Handelsminister gegen die Arbeitsdienstpflicht. Im Hauptausschuß des preussischen Landtages ging Handelsminister Schreiber auf die Arbeitsdienstpflichtfrage ein. Derartige Pläne seien undurchführbar. Zwangsarbeit sei an sich unwirtschaftlich. Als Beispiel führte er an, daß Preußen für einen Strafgefangenen jährlich 1055 Mark aufwenden müsse. Die Unterhaltung der jugendlichen Arbeitskräfte würde noch weit kostspieliger sein, außerdem würden riesige Betriebe eingerichtet werden müssen. Dringend erwünscht sei es aber, gegenüber den fremden Saisonarbeitern, die überflüssig seien, nationales Politik zu treiben.

Der Generaldirektor der österreichischen Bundesbahnen in Berlin. Der Generaldirektor der österreichischen Bundesbahnen, D. Straßella, ist in Berlin eingetroffen, um dem Generaldirektor der Deutschen Reichsbahngesellschaft, Dr. Dormmüller, einen Besuch abzustatten. In den Besprechungen werden die die Deutsche Reichsbahn und die österreichischen Bundesbahnen gemeinsam berührenden Eisenbahnfragen behandelt werden.

Die Goldpolitik der Bank von Frankreich unverändert. Der neuerliche Abschluß von etwa 1 1/2 Millionen Pfund Gold (etwa 30 Millionen Mark) für französische Rechnung hat in London starke Beachtung gefunden. Angesichts der Tatsache, daß sich die Gesamtverkäufe an Gold in den letzten drei Tagen auf über 54 Millionen Mark stellen, erklärt der Daily Herald, daß die neue Politik der Bank von Frankreich tatsächlich nicht zu der beabsichtigten Zusammenarbeit zwischen den Zentralbanken in London und Paris geführt habe, um der ungleichen Goldverteilung ein Ende zu machen.

Erneute Unruhen in Bombay. Infolge eines — übrigens falschen — Gerüchtes, daß einer der im Lahore-Prozess Angeklagten hingerichtet worden sei, kam es zu neuen Unruhen in Bombay, wobei eine Anzahl von Menschen verletzt wurde. Die Arbeiter einer Spinnerei traten sofort in den Aufstand und warfen die anderen Spinnereien so lange mit Steinen, bis auch diese geschlossen wurden.

Ausstellung und Familienabend des einheimischen Sattler- und Tapeziergewerbes.

Zum letzten Wochenende hatten die Angehörigen des Sattler-, Polsterer- und Tapeziergewerbes aus Stadt und Bezirk eine vielbeachtete Ausstellung...

Evangelisationsvorträge.

Vor etwa 7 Jahren veranstaltete die Süddeutsche Vereinigung für Evangelisation und Gemeinschaftspflege in der Stadtkirche eine Evangelisation...

Der Andrang zu den Vorträgen steigerte sich deshalb von Tag zu Tag, so daß der Saal des Vereinshauses stets gedrängt voll war.

Vom Rathaus Allenfeld.

Die Dienstanweisung für die Beamten und Angestellten der Stadt Sparkasse ist überholt und erneuerungsbedürftig. Diese wird deshalb aufgehoben.

Starke Ueberfüllung im Vermessungstechnikerberuf!

Seit einigen Jahren hat der Landesverein mittl. Vermessungsbeamten Württemberg vor dem Eintritt in den Vermessungstechnikerberuf gewarnt.

Vom Calwer Bezirksverein Stuttgart.

Unter Vorsitz seines ersten Vorstandes Adolf Gräber hielt der Verein kürzlich seine Generalversammlung ab.

stimmung. Die nunmehr unter H. Ehr. Jung als Wahlleiter vorgenommene Wiederwahl des Vorstandes ergab die einstimmige Wiederwahl des 1. Vorsitzenden sowie des Kassiers und Schriftführers.

Wetter für Freitag und Samstag.

Ueber dem Festland liegt schwacher Hochdruck, ein weiteres Hochdruckgebiet über Skandinavien, während über dem Atlantischen Ozean sich eine Depression zigt.

Wiltberg, 21. Jan. Schon lange hatte sich die Notwendigkeit erwiesen, die Räumlichkeiten im Hause Saron zu erweitern.

Wiltbad, 21. Jan. In der letzten Versammlung des Gewerbe- und Handelsvereins wurde Stellung genommen zu dem Gesuch des Postamts um Konzessionserteilung für das alte Postamt.

Conweiler, 21. Jan. Der Winter hat in unserer Gemeinde die Erwerbslosigkeit stark gesteigert. Beträgt doch die Zahl der Erwerbslosen 80, eine bis jetzt noch nie erreichte Höhe.

Stuttg. 21. Jan. In einem Hause der Forststraße hat gestern Abend der im 4. Stock in kinderloser Ehe lebende Kaufmann Sigel zunächst zwei Schüsse auf seine Frau und dann einen Schuß auf sich selbst abgegeben.

Stuttg. 21. Jan. In Cannstatt in der Aufrstraße spielte sich am Dienstag eine bedauernde Tragödie ab. Eine alleinlebende Dame, die zu Schwermetall neigte, erschoss ihr zwölfjähriges Kind, ihren Hund und sich selbst.

Stuttg. 21. Jan. Die Reichsbahndirektion Stuttgart teilt mit: In der Nacht von Dienstag auf Mittwoch ist in den Kassenraum des Bahnhofs Mochenwangen eingebrochen worden.

Bitten auf dem Felde

Roman von Fr. Lehne.

ES. Fortsetzung (Nachdruck verboten.) Sanna war besonders beschäftigt; sie nahm einige ganz trecken gewordenen Stränge fort: „Die passen nicht mehr für Frau Germa; sie darf nur frische Blumen haben.“

„Was Sie in Erstaunen gesetzt hat, Herr Doktor?“ „Allerdings, nach dem, wie Sie sich mehr als einmal geäußert.“ „Sie hielten es für eine Laune?“ „Da Sie mich so fragen, Fräulein Vermeiren — ich konnte mir den Beweggrund nicht erklären! Vermutlich, wie Sie sind, außerdem so kurz vor der Hochzeit — sollte ich mich da nicht wundern?“

gehende Frage Doktor Rehfelds. „Wie schön steht alles! Das Herz lacht einem im Reibe — es wird eine reiche Ernte.“ „Nachher schenkst du mir etwas recht Schönes, Papa, wenn die Ernte so gut ausgefallen ist, wie du annimmst!“ rief Sanna fröhlich.

Hände. Im Güterknoten wurde eine Kiste aufgedrückt, außerdem wurde 1 Paket und eine Kanne D. gestohlen.

**Forst, 21. Jan.** Letzte Woche wurde an der Kurve bei Lannhäuser ein Pferd der Weinhandlung B. Gehler von einem Koffweiler Auto, das auf der schlüpfrigen Straße ins Rutschen gekommen war, getreift und zu Boden geworfen. Das Pferd erlitt einen Schlüsselbeinbruch und mußte getötet werden.

**ESB. Heilbronn, 21. Jan.** Die Vergebung der Kanal-Durchsichtarbeiten fand am Montag bei der Neckar-A.-G. in Stuttgart statt. Unter 36 Angeboten wurden 2 Firmen in die engere Wahl gezogen; ihre Angebote sollten sich bei etwa 4 Millionen Mark bewegen. Im übrigen liegen die Angebote zwischen 3,4 und 5 Millionen Mark. Es wird zur Bedingung gemacht, keine Nachforderungen zu erheben. Die endgültige Entscheidung wird noch einige Tage anstehen.

**ESB. Schweningen, 21. Jan.** Wie der „Neckarquelle“ von gut unterrichteter Seite mitgeteilt wird, scheint diesmal der Zusammenschluß der Schweningen und Schramberger Uhrenindustrie-Gruppen bevorzugen zu werden. Die künftigen Bestrebungen in dieser Richtung dauern nun bald fünf Jahre. Der Zusammenschluß betrifft die Firmen Junghaus, Kienzle, Hamburg-Amerikanische, Mauthe, Freiburg und Götter.

**ESB. Biberach, 21. Jan.** Als der Kraftwagenführer Josef Schmidberger aus Stafflangen abends mit seinem Auto, in dem sich außer ihm noch drei andere Personen befanden, nach Hause zurückkehrte, überfuhr er auf halbem Wege zwischen Eichen und Stafflangen einen in der Mitte der Straße liegenden Mann, den Dienstknecht Josef Kopf aus Stafflangen, der schwer betrunken war. Im Krankenhaus zu Biberach starb der Ueberfahrene.

## Geld-, Volks- und Landwirtschaft

**Berliner Briefmarken.**

100 holl. Gulden	169,45
100 franz. Franken	16,51
100 Schweiz. Franken	81,51

**Produktenbörse und Marktberichte des Landwirtschaftlichen Hauptverbandes Württemberg und Hohenzollern E. S.**

**R. G. Berliner Produktenbörse vom 21. Januar.**  
Weizen, märkischer 257-259; Roggen, märkischer 154 bis 157; Gerste 199-213; Futtergerste 188-194; Hafer, märkischer 189-145; Weizenmehl 29,50-36,75; Roggenmehl 23,00-26,00; Weizenkleie 10,40-10,60; Roggenkleie 9,10-9,20; Speisecerb-

sen 22-24; Futtererbsen 19-21; Petusfischen 20-21; Ackerbohnen 17-18; Wicken 18-21; Lupinen, blaue 18-15; dito gelbe 18-21; Rapsfischen 9-9,50; Leinfischen 15,50-15,75; Trodenfischen 6,10-6,40; Soyafisch 13,40 A. Allgemeine Tendenz: Fest.

### Börsenbericht.

**ESB. Stuttgart, 21. Jan.** Geringe Nachfrage bewirkte an der heutigen Börse Kurserhöhungen.

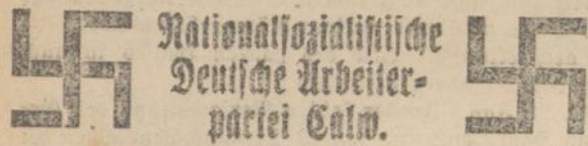
### Schweinepreise.

Buchau a. S.: Milchschweine 17-21 Mark. — Ehingen a. D.: Ferkel 25-25, Mutterchweine 130-180 Mark. — Ehingen: Milchschweine 25-32, Käufer 49-55 Mark. — Waldsee: Milchschweine 18-25 Mark.

### Viehpreise.

Ehingen: Ochsen 600-650, Kühe 400-500, Rinder 250 bis 300, Kalbinnen 600-700 Mark. — Waldsee: Ochsen 520 bis 560, Färren 180-350, Kühe 400-450, Kalbinnen 420-500, Rinder 180-250 Mark.

Die örtlichen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Börsen- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Verhältnisse in Betracht kommen. (Vgl. S. 11.)



## Öffentliche Versammlung

heute Donnerstag, d. 22. Januar 1931, abends 8 Uhr, im Wäbischen Hof

Es spricht  
**Professor Mergenthaler W. d. L.**  
über das Thema:

## „Schluß mit dem Hungerkurs — Neue Männer an die Macht“.

Für Ankostenbedeckung werden 30 Pfg. erhoben. Arbeitslose gegen Ausweis 10 Pfg.

Von der Kommunistischen Partei sind die Herren Grabe und Schlaffer zu 1/4 stündiger Diskussion eingeladen.

Ortsgruppe Calw der NSDAP.

Calw, den 21. Januar 1931.

### Trauer-Anzeige

Verwandten und Bekannten diene zur Nachricht, daß unsere liebe Mutter

## Elise Hammer

Büchermeyers-Witwe  
Mittwoch früh heimgehen durfte.  
Die trauernden Hinterbliebenen  
Beerdigung am Freitag mittag 2 Uhr von der Friedhofshalle aus.

Altbilach, den 21. Januar 1931.

### Todes-Anzeige

Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß meine liebe Frau, Mutter, Großmutter und Schwiegermutter

## Anna Maria Blaich

geb. Niehammer  
nach schwerem Leiden sanft in dem Herrn entschlafen ist.  
Um stille Teilnahme bittet  
der trauernde Gatte:  
Jakob Blaich, Gemeindepfleger a. D.  
Beerdigung Freitag 1 1/2 Uhr

**Bad Liebenzell**  
Wohne jetzt Kugo Mühlentstraße Nr. 118 (Haus Decker)  
**F. Lück, staatl. gepr. Dentist**

# Benützen Sie die letzten Tage des Inventur-Verkaufs

Wir verkaufen bis einschließlich Samstag zu unglaublich billigen Preisen!



## Krüger & Wolff

PFORZHEIM

**Bad Liebenzell**  
Im Wege der  
**Zwangs-vollstreckung**  
versteigere ich am Freitag, den 23. ds. Ms. vorm. 10 Uhr gegen bare Bezahlung:

2 komplette Betten neu, 1 eichenen Spiegelschrank neu, 1 Spiegelschrank wenig gebraucht.  
vorm. 11 Uhr  
1 kompl. Bett, 1 Desselmaschine, 1 eichenes Küchenschrank, 1 Damenschreibtisch, 1 goldene Damenuhr, 5 Kiste Kupferblechdruckmaschinen von Bad Liebenzell, je 1 Buch „Das unbekanntes Spanien“, „Colwers Kletterbuch“, Band I und II, „Eisehart“, „Springers Kunsthgeschichte“, „Bermann Sunda“, 117 Hefte „Handbuch der Literatur- und Kunstgeschichte“.  
Zusammenkunft b. Rathaus Gerichtsvolkzieher beim Amtsgericht Calw Dngemach.

**Unterreichenbach**  
Im Wege der  
**Zwangs-vollstreckung**  
versteigere ich am Freitag, den 23. ds. Ms. nachm. 3 Uhr gegen bare Bezahlung:  
20 m Matratzenbreit, 2 Garnituren Sofaplätz, 1 noch neues Möbelfuß 280 Ltr. haltend.  
Zusammenkunft b. Rathaus Dngemach.  
Gerichtsvolkzieher beim Amtsgericht Calw

**LUGER**

Heute feische Geefische!

**Schellfische**  
Pfd. nur 23 Pfg.

**Rabliau-Filet**  
Pfd. 38 Pfg.

**Blumenkohl**  
Kopf ab 25 Pfg.

**Entknochende Linsen**  
Pfd. 22 Pfg.

**Schönes Rindfleisch**  
1/2 Pfd. nur 70 Pfg.

**5% Rabatt**

**Althengstett**  
Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Samstag, den 24. Januar 1931 im Gasthaus zum „Lamm“ stattfindenden

## Hochzeitsfeier

freundlichst einzuladen.

**Ernst Nonnenmann**  
Sohn des † Jakob Nonnenmann

**Rösle Angerhofer**  
Tochter des Heinrich Angerhofer

Kirchgang 1/2 12 Uhr

**Amtl. Bekanntmachungen**  
**Stadtgemeinde Nagold**  
Zu dem am nächsten Montag, den 26. Januar 1931 hier stattfindenden

**Bieh-, Schweine- und Frucht-Markt**

ergeht Einladung.  
Nagold, den 21. Januar 1931.  
Bürgermeisteramt.

**Monakam Etat. Bad Liebenzell**  
Wegen Wegzug verkaufe ich am Samstag, den 24. Januar nachmittags von 1 Uhr ab:

1 Getreidemähmaschine „Imperator“, 1 Säemähmaschine „Sagonia“ 1 1/2 m breit mit 11 Reiben, 1 Heuwender mit 6 Sabeln, 1 Eberhard'schen Wendepflug mit Laufrolle, sowie 2 Färren 17 Monate alt, wovon der eine Gelbschek mit Abstammungsnachweis u. einen 11 1/2 Jir. schweren Schaffler und ca. 80-90 Jir. Heu und Dehmb

Bürgermeister Rusterer.

Zur Auseinandersetzung in der heutigen Nationalsozialistischen Versammlung

**kommt der Kommunist Grabe**

Schaffende aller Stände erscheint.

**NSDAP.**  
Ortsgruppe Calw.

**10% Rabatt**  
gebe ich auf sämtl. Wintersport-Artikel einschließlich Bekleidung.

**Reichert** an der Brück

## Heirat

Junger Mann, 32 J., evg. mit 5000 Mark sucht auf diesem Wege eine wirklich treue Lebensgefährtin im Alter von 23-32 Jahr. Fräulein oder Witwe wo Einheirat geboten, nicht ausgeschlossen. Verschwiegen, ist Ehrensache und wird solche auch zugesichert.  
Angebote unter E. G. 10 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

**Rotwein 1929er**  
1 Liter 60 Pfg.

**Malaga rotgold**  
1 Liter 1.30

Gefäße mitbringen

**Thams & Gurts**

**Bad Seinach**  
Sommerliche 2-eb. 3-Zimmer-Wohnung  
mit Wohnküche auf 1. März zu vermieten.  
Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.

**Allgäuer Stangenkäse**  
20% s. 40 Pfg.

**Allgäuer Romadour**  
20% s. 48 Pfg.

**Schweizerkäse**  
45-48% s. 1.10 Mk.  
versendet per Post und Bahn in Kisten von 30 Pfd. ab billiger.

**Molter i Merrieden,**  
Post Dietenheim.

# Inventur-Ausverkauf

Auf alle ohnedies herabgesetzten Preise 10 und 20 Proz. Rabatt

**Friedr. Wehler**  
Calw, Badstraße 1